

# Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

3. November, Leipzig, Marriott Hotel



## Gegenstand:

Für einen neuen demokratischen Aufbruch in Sachsen

## Antragsteller:

Bert Meyer, Sven Krahnert, Stefan Vogler (alle KV Erzgebirge)

## Bemerkungen:

## Abstimmung:

Stimmen abgegeben: \_\_\_\_\_  
Gültig: \_\_\_\_\_  
Ja: \_\_\_\_\_ Nein: \_\_\_\_\_ Enth: \_\_\_\_\_  
Zurückgezogen:   
Modifizierte Übernahme:

## Änderungsantrag

D-1-336

- 1 Zeilen 336-346 streichen
- 2 Begründung:
- 3 Die Forderung nach flächendeckender Einführung von BürgerInnenhaushalten wäre eine Einmischung in die kommunale Selbstbestimmung und steht der Landesebene nicht zu. Jede Kommune
- 4 muss selbst entscheiden, ob und wie sie ihre BürgerInnen bei der Haushaltsplanung beteiligt.
- 5
- 6 Dabei besteht die Gefahr, den BürgerInnen die Möglichkeit einer ernsthaften Einflussnahme vor-
- 7 zutauschen, obwohl nur ein Bruchteil der Haushaltsvolumina tatsächlich frei gestaltbar sind. Der
- 8 Löwenanteil ist durch Pflichtaufgaben rechtlich oder durch übergeordnete politische Zielsetzun-
- 9 gen, z.B. Förderprogramme, faktisch gebunden.
- 10 Der Moderationsaufwand steht oft kaum im Verhältnis zum Nutzen. In Freiburg standen einer
- 11 Beteiligung von 0,85 % der Einwohnerschaft Kosten in Höhe von 700 T€ gegenüber (Quelle:
- 12 "Kommune21" Nr. 5/2012).
- 13 Eine Etablierung von BürgerInnenhaushalten setzt zunächst einen Paradigmenwechsel bei der
- 14 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung voraus, d.h. die wirkliche Anerkennung der Subsidiarität
- 15 von Aufgabenerfüllung auf Landes - oder Bundesebene. In der Praxis ist dieser verfassungs-
- 16 rechtliche Grundsatz ins Gegenteil verkehrt.
- 17 Darüber hinaus ist zu beachten, dass gerade jetzt in der "heißen Phase" der Doppikeinführung bei
- 18 den sächsischen Kommunen eine GRÜNE Forderung nach Einführung von BürgerInnenhaushalten
- 19 als unrealistisch, weil in nächster Zeit praktisch kaum leistbar, wahrgenommen würde.